

AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL
Sitzung vom 9. April 2015

Gesch. Nr. 031/15

34.06 Umweltschutz; Wiederverwertung

Postulat Urs Gut, GP, und Katharina Morf, FDP, sowie Mitunterzeichnende, betreffend Kunststoffrecycling / Begründung durch die Urheber / Substantielles Protokoll

[...]

6. GESCHÄFT-NR. 031/15

Postulat Urs Gut, GP, und Katharina Morf, FDP, sowie Mitunterzeichnende, betreffend Kunststoffrecycling – Begründung

Gemeinderat Urs Gut, GP, Katharina Morf, FDP, und Mitunterzeichnende, reichen mit Schreiben vom 29. Januar 2015 folgenden Vorstoss ein:

Der Vorstoss trägt den Titel eines Postulates und ging am 17. März 2015 beim Büro des Grossen Gemeinderates ein.

Antrag

Der Stadtrat wird eingeladen, ein zeitlich begrenztes, flächendeckendes Pilotprojekt zur Kunststoffsammlung und Wiederverwertung in Illnau-Effretikon zu prüfen.

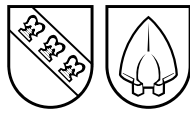
Begründung

Stoffliches Recycling von Haushaltskunststoffen inkl. Sammlung ist wirtschaftlich und ökologisch sinnvoll:

- In Sortiersuchen wurde ermittelt, dass 75 % der Haushaltskunststoffe als sauberes und hochwertiges Material wieder verwendet werden können.
- Das hergestellte Regranulat aus Haushaltskunststoffen erfüllt die Qualitätsanforderungen und ist auf dem Markt gefragt.
- Das Recycling von Haushaltskunststoffen reduziert wesentlich den Rohstoffverbrauch. Dadurch werden unnötige Umweltbelastungen vermieden. Die Wiederverwertung von 1 Kilogramm Polyethylen-Abfall (der grösste Anteil im Haushaltskunststoff ist Polyethylen (PE) > 30 %) spart mindestens 1 Kilogramm Rohöl ein! Zudem werden durch das Haushaltskunststoff-Recycling deutlich weniger CO₂-Emissionen freigesetzt (mehrere Studien belegen eine Reduktion der CO₂-Emissionen um 90-95 %).

Das Projekt sollte folgende Fragen klären:

- Wie kann die Sammlung von Haushaltskunststoffen kostenneutral oder allenfalls für die Stadt gewinnbringend umgesetzt werden?
- Ist die Sammlung von Haushaltskunststoffen für den Konsument kostenneutral oder können Entsorgungsgebühren eingespart werden?
- Wie gross ist die Akzeptanz und Bereitschaft der Bevölkerung, Kunststoffe zu recyceln?



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 9. April 2015

Urheber: Gemeinderat Urs Gut, GP
Gemeinderätin Katharina Morf, FDP

Mitunterzeichnende: Gemeinderätin Tanja Bischof, EVP
Gemeinderat David Gavin, SP
Gemeinderat Stefan Hafen, SP
Gemeinderat Daniel Hari, EVP
Gemeinderat Andreas Hasler, GLP
Gemeinderat Fabian Molina, JUSO
Gemeinderat Daniel Nufer, SP
Gemeinderätin Silvana Peier, SP
Gemeinderat Erik Schmausser, GLP
Gemeinderat Hans Zimmermann, Grüne
Gemeinderat Peter Stiefel, FDP
Gemeinderat Marco Nuzzi, FDP
Gemeinderat Thomas Hildebrand, FDP
Gemeinderat Michael Käppeli, FDP
Gemeinderätin Michèle Vögeli, JLIE
Gemeinderätin Raffaella Piatti, JLIE
Gemeinderat Stefan Eichenberger, JLIE
Gemeinderat Markus Hürzeler, CVP
Gemeinderat Adrian Kindlimann, SP
Gemeinderat Matthias Müller, CVP

FORMELLES

Der Vorstoss wurde von der Urheberschaft als Postulat taxiert. Eine Überprüfung des Ratsbüros ergab, dass der Vorstoss die Vorschriften, wie sie an Postulate gemäss Art. 69 ff der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates GeschO GGR gestellt werden, einzuhalten vermag.

BEHANDLUNG IM RAT

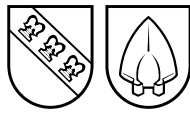
Gemeinderat Urs Gut, GP, begründet den eingereichten Vorstoss anhand des zu Grunde liegenden Postulatstextes und konform mit Art. 72 ff. GeschO GGR.

Es bestehen im Wesentlichen drei Beweggründe, weshalb das versammelte Parlament dem heute vorliegenden Postulat die Überweisung bescheren soll. Einerseits würde das Ansinnen Ressourcen, die Umwelt und das Portemonnaie schonen. Andererseits würde die angeregte Weise einer Kunststoffsammlung den Öl- als auch den Energieverbrauch senken; denn es sei sich zu vergegenwärtigen, dass zur Herstellung von 1 kg Kunststoff 3 Kg Öl notwendig seien.

Zudem liessen sich aus einer Tonne Haushaltsabfälle etwa 600 bis 700 kg Kunststoff sortenrein trennen - was einer direkten Rezyklierbarkeit entspräche.

Die Massnahme würde helfen, die Ausgaben für Abfallgebühren zu senken; ein weiterer Beitrag zu verursachergerechten Kosten.

Im Weiteren könnte eine entsprechende Sammlung die gesamte Abfallmenge um mindestens die Hälfte reduzieren, da sich 50 % sämtlicher Abfälle aus Kunststoffen zusammensetze.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 9. April 2015

Auch technisch und wirtschaftlich mache eine Kunststoffrecyclingung Sinn. Wo man sich in Deutschland und Österreich bereits zum Vorteile dieses Verfahrens bediene, sei man in der Schweiz noch nicht so weit fortgeschritten.

Tatsache sei, dass die Schweizer Kehrrechtverbrennungsanlagen nicht auf die sich durch Kunststoffverbrennung generierende Kapazitätsdeckung angewiesen seien.

Die Ratspräsidentin bittet den Stadtrat in Anwendung von Art. 72 Abs. 4 GeschO GGR bekanntzugeben, ob er gedenke, den Verstoß entgegenzunehmen.

Stadtrat Mathias Ottiger, SVP, Ressort Gesundheit, gibt namens des Gremiums bekannt, dass es Bereitschaft signalisiere, den Vorstoß zu bearbeiten.

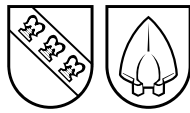
Ratspräsidentin Brigitte Rööfli fragt den Rat an, ob Bedarf zur Eröffnung einer Diskussion besteht, was durch einzelne Mitglieder angezeigt wird. Die Diskussion kann in Anwendung von Art. 72 Abs. 4 GeschO GGR direkt und ohne Ratsbeschluss eröffnet werden.

Co-Unterzeichnende Gemeinderätin Katharina Morf, FDP, gibt zu bedenken, dass Plastik nicht verrotte und daher einzelne Bestandteile von der erneuten Aufnahme in die Nahrungskette nicht ausgeschlossen seien. Viele Produkte würden Kleinstpartikel an plastifizierten Elementen enthalten. Um den Bedarf von jährlich 12'000 Tonnen an Vanillegrundstoff zu decken, werde heute auf die synthetische Herstellung von Vanille zur Verwendung in Backwaren, Desserts usw. zurückgegriffen. Ebenso enthalten Masken, Peelings, Cremes und Zahnpasten kleinste Plastikstückchen, um die Haut, Haar und Zähne des Anwenders bzw. der Anwenderin fein, glänzend, resp. weiss und rein zu halten. Diese Partikel können durch die Abwasserreinigungssysteme nicht filtriert und zurückgehalten werden.

Die Frage, ob es sinnvoll sei, Kunststoff als wertvollen Stoff zu sammeln, habe Gemeinderätin Morf mit dem langjährigen Abfallverantwortlichen der Kehrrechtverbrennungsanlage Zürcher Oberland, KEZO, erörtert. Auch dieser komme zum Schluss, dass eine Trennung wichtig und sinnvoll sei, damit Plastikansammlungen nicht der Verbrennung zugeführt würden; das ressourcenschonende Trennen von Abfall sei das oberste Gebot der KEZO in Hinwil u.a. insbesondere deshalb, da im gegenteiligen Fall, wertvolle Wertstoffe verloren gingen.

Im Weiteren habe sich Gemeinderätin Morf erkundigt, ob den Schweizer Kehrrechtverbrennungsanlagen nicht Unterkapazitäten erwachsen, wenn Abfälle getrennt würden. Bis vor wenigen Jahren habe die Schweiz Abfälle aus Süddeutschland, wo seinerzeit Deponien aufgehoben worden sind, zur Verbrennung erhalten. Wichtig zu betonen sei, dass dieser Müll nicht etwa käuflich erworben worden sei.

Die Länder Italien, Deutschland, Österreich und Frankreich würden ihre Abfälle in die Schweiz transportieren, um sie hier kostenpflichtig zu verbrennen. Solche Geschäfte seien für Verbrennungsanstalten sehr lukrativ, da sie ihnen beträchtlichen Profit bescheren. Die Problematik bestünde darin, dass in der Schweiz eine eindeutige Überkapazität an Verbrennungsanlagen vorherrsche. Fazit: Man solle sich hierzulande nicht über zu wenig Müll, sondern man solle sich an einem Überbestand an entsprechenden Vernichtungsanlagen. Dieser Situation gelte es sich nun zu stellen – in den nächsten Jahren zeichne sich daher die Schliessung oder



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 9. April 2015

Redimensionierung solcher Anlagen, welche den umwelttechnischen Anforderungen nicht mehr genügen, ab. Letzteres widerfuhr jüngst den Einrichtungen in der Gemeinde Horgen.

In der Schweiz bestünden, die Situation erschwerend, noch 35'000 bis 40'000 private oder öffentliche Mülldeponien, wo nach wie vor Altlasten eingelagert seien. Gemeinderätin Morf erinnert sich gut, wie zu Kindertagen auf dem elterlichen Bauernhof sämtliche nicht mehr gebrauchsfähige Gegenstände im Erdboden vergraben wurden – aus den Augen, aus dem Sinn!

Die Deponien seien nun in der Aufhebung bzw. im schonenden Rückbau begriffen.

Mit der vorgängigen Trennung von Wertstoffen entziehe man dem Verbrennungsprozess Substanzen, die für eben diesen von Bedeutsamkeit seien; diese Erkenntnis sei auch den Betreibern der Vernichtungsanlagen bekannt. Diese stellen sich dieser Herausforderung und forschen nach Lösungen, welche dieses Problem beseitigen mögen.

Die Gesetzgebung schreibe vor, dass - wo ökologisch vorteilhaft, technisch möglich und wirtschaftlich tragbar - Recycling betrieben werden soll. Mit geringem Aufwand könne jede Privatperson oder Unternehmung relativ einfach Recycling betreiben und damit einen beachtlichen Beitrag zum Umweltschutz leisten.

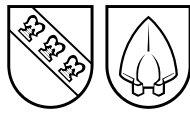
Nicht um jeden Preis – Kosten und Nutzen haben sicherlich in einem sinnvollen Verhältnis zu stehen. Das postulierte Pilotprojekt möge eine Chance sein, ein Zeichen gegen den unnötigen Energieverbrauch zu setzen.

Gemeinderat Roger Miauton, SVP, gibt bekannt, wonach ihn die Materie zum Recycling und zur Reststoffverwertung anlässlich seiner früheren beruflichen Tätigkeit beschäftigt hätte. Die Rezyklierung erachtet er als ein Muss, soweit dieses im jeweiligen Bereich sinnvoll sei.

Papier, Karton Glas und Metalle werden bereits heute gesammelt. Kunststoff, ein Erdölprodukt, sei in diesem Sinn ein unproblematischer Stoff – er sei in seiner Beschaffenheit einfach anders gestrickt. Plastik verfüge über den selben Brennwert wie Öl (40 Megajoule). Grundsätzlich könne daraus ein Ersatzbrennstoff, EBS, mit ebenso hohem Brennwert generiert werden – die entsprechende Technologie sei bekannt. Der Ersatzbrennstoff werde bereits heute an Zementfabriken verkauft, wozu zwei Voraussetzungen von übergeordneter Bedeutung sind: Das Ersatzmaterial muss trockener und billiger als Öl sein.

Die Problematik liege aber auch in der Tatsache begraben, wonach auch das Kunststoffrecycling in Abhängigkeit zum Erdölpreis stehe. Auch die Wiederverwertung von Kunststoff sehe sich mit einigen Herausforderungen konfrontiert. Das Material sei sortenrein zu trennen (Polyethylen, Polypropylen, usw.). Für die Pet-Sammlungen konnte bereits eine saubere Recycling-Lösung realisiert werden. Dass dies nicht immer derart einfach zu lösen sei, zeige das Beispiel des weissen Verpackungsmaterials der Heuballen in der Landwirtschaft. Der Bedarf an solchem Material schlage mit 17 bis 20 Tonnen mit einem beträchtlichen Wert zu Buche. Versuche, die Folien in Form von Granulat weiterzuverarbeiten, scheiterten kläglich, da sich das Restheu nicht von der neubeschaffenen Folie trennen wollte.

In der Industrie könne man nur auf wenige Fabrikate an zahlbaren Maschinen zurückgreifen, die es erlauben, Kunststoffe sortenrein zu separieren. So werde diese Arbeit nach wie vor mehrheitlich von Leuten in Beschäftigungsprogrammen und in Handarbeit erledigt.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 9. April 2015

Es sei zu bedenken, dass die Verbrennung von Plastikbestandteilen in direktem Zusammenhang mit der Energieproduktion stünde. So werde mitunter aus der Abfallverbrennung auch die Stromproduktion unterstützt. Diesen Wegfall auf andere Weise zu kompensieren, gelte es dann zu bewerkstelligen.

Auf kommunaler Ebene sei aus den genannten Gründen die Einführung einer Kunststoffsammlung nicht sinnvoll. Vielmehr sei auf Branchenlösungen zur sortenreinen Trennung von Kunststoffen zu setzen. Das Postulat sei daher im Übrigen obsolet, und auch der Stadtrat werde wohl zur gleichen Erkenntnis gelangen. Da der Vorstoss allerdings gesamthaft von 22 Personen unterzeichnet sei, werde wohl auch Miauton keine Mehrheit des Rates hinter sich scharen können, um die Überweisung des Postulates abzuwenden.

Miauton schliesst mit der Bemerkung, wonach die SVP-Fraktion das Ansinnen nicht unterstützen werde.

Gemeinderat Christian Hiltbrunner, SVP, referenziert sich auf einen in der Tageszeitung 20 Minuten erschienen Artikel, in welchem sich der Geschäftsführer des Dachverbandes Swiss-Recycling wie folgt zitieren liess:

„Inländische Firmen verwerten zurzeit nur PET-Getränkeflaschen und Polyethylene; aus den letzteren bestehen beispielsweise Milchflaschen sowie Öl-, Essig- und Kosmetikbehälter, die seit einiger Zeit auch Grossverteiler, wie Migros oder Coop, zurücknehmen. Das ist sinnvoll – für die anderen Sorten bezweifle ich den Nutzen. Wegen der aufwändigen Verarbeitung ist es fraglich, ob die Ökobilanz besser wäre als in der Kehrichtverbrennungsanlage, wo aus dem Abfall Wärme und Strom entsteht.“

Wenn sich schon der Geschäftsführer des Dachverbandes, der vom Verständnis her ein breites Interesse an möglichst vielseitigem Recycling vertreten sollte, entsprechend äussere, dann sei das vorliegende Postulat kritisch zu hinterfragen.

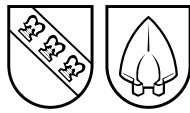
Der Bund beschäftige sich seit einiger Zeit mit der entsprechenden Materie und gibt den Gemeinden in dieser Hinsicht Empfehlungen ab. Demnach beratschlagt der Bund die Gemeinwesen dahingehend, wonach diese sich mit der Implementierung von eigenen Lösungen noch zurückhalten mögen, bis entsprechende Massnahmen auf Bundes- und Kantonsstufe eruiert und ergriffen würden. Auf den jeweiligen Ebenen seien ebenso Vorstösse pendent, deren Inhalte sich den selben Angelegenheiten widmen.

Zudem sei zu bedenken, dass ein Pilotprojekt, wie im Vorstoss formuliert und gefordert, kein echtes solches sei, wenn es flächendeckend beübt werde. Entweder vollführe man ein richtiges Projekt, welches zeitlich unlimitiert in eine definitive Implementierung erhoben werde oder aber, man pilotiert mit einem flächenmässig eingeschränkten Versuchsfeld.

Das Postulat bezwecke die ledigliche Klärung einiger Fragen – diese könne man bereits jetzt beantworten.

Auch in der Stadt Zug konnte anhand eines Pilotprojektes mit einer Laufzeit von 15 Jahren die Erkenntnis gewonnen werden, wonach Sortierung und Sammlung nicht kostendeckend und damit zu teuer sind. Die Versuchsanlage wurde hernach eingestellt.

Gemeinderat Christian Hiltbrunner erachtet das ersuchte Projekt abschliessend als nicht stufengerecht – man vermöge doch abwarten, bis entsprechende Weisungen von Bund und Kantonen erlassen werden.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 9. April 2015

Gemeinderat Erik Schmausser, GLP, äussert sich, nachdem er sich ursprünglich nicht zu Wort melden wollte. Das Postulat sei selbstredend – die beiden Vorredner hätten ihn aber zu einer Wortmeldung provoziert.

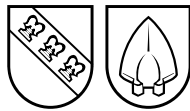
Beruflich beschäftigte sich Gemeinderat Schmausser mit einer Beratungstätigkeit für die Kehrichtverbrennungsanlage in Basel. Die dortige Problematik äusserte sich in den gesteigerten Heizwerten durch die Brennwerte der Kunststoffbestandteile im Abfall. Es bestehe somit einen sachlichen Zusammenhang zwischen Heiz- und Brennwerten. Von daher pflichtet Erik Schmausser den beiden Postulanten zu ihren Ausführungen bei.

Zur Stromproduktion sei erwähnt, dass 1 % des Wegfalls an Energie infolge Abfalltrennung durchaus im Schwankungsbereich der Stromnachfrage anzusiedeln sei. Es bestünden erneuerbare Energien in ausreichender Quantität, um diesen Wegfall auszugleichen bzw. zu kompensieren.

Der Markt der Anbieter im Bereich des Kunststoffrecyclings verändere sich stetig und sei einem hohen Innovationsgrad unterworfen. Der Energiestadt Illnau-Effretikon würde es gut anstehen, in dieser Frage wieder einmal eine Pionierrolle zu übernehmen.

Die GLP-Fraktion werde deshalb aus Überzeugung für die Überweisung dieses Postulates votieren.

Die Ratspräsidentin stellt die erschöpfte Diskussion fest und leitet das Abstimmungsprozedere zur Frage der Postulatsüberweisung ein.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL
Sitzung vom 9. April 2015

ABSTIMMUNG

DER GROSSE GEMEINDERAT

BESCHLIESST

1. Das Postulat von Gemeinderat Urs Gut, GP, und Gemeinderätin Katharina Morf, FDP, sowie Mitunterzeichnenden, betreffend Kunststoffrecycling wird dem Stadtrat zur Beantwortung überwiesen.
2. Der Stadtrat hat dem Grossen Gemeinderat Bericht und Antrag in Anwendung von Art. 74 Abs. 1 GeschO GGR innert Jahresfrist, spätestens bis 8. April 2016, zu unterbreiten.
3. Gegen diesen Beschluss ist das Referendum ausgeschlossen
4. Mitteilung durch Protokollauszug an:
 - a. Stadtrat
 - b. Ressort und Abteilung Gesundheit
 - c. das Ratssekretariat, dreifach.

Obgenannter Beschluss erfolgte mit grossmehrheitlicher Zustimmung.

Grosser Gemeinderat Illnau-Effretikon

Versandt am: 10.04.2015

ms